

Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Soziales, Gesundheit
und Sport

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Cenk Yildiz
cenk.yildiz@kassel.de
Telefon 0561 787 1225
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
W 224a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und
Sport
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

15. November 2017
1 von 1

zur **11.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
lade ich ein für

**Donnerstag, 23. November 2017, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Defibrillatoren in städtischen Gebäuden**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.18.634 -
- 2. Bewertung des Sozialberichts 2017**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh
- 101.18.696 -
- 3. Vorrangprüfung bei der Wohnraumversorgung**
Antrag der AfD-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Thomas Materner
- 101.18.702 -
- 4. Zwangsräumungen in Kassel**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann
- 101.18.703 -

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Sprafke
Vorsitzender

Niederschrift
über die 11. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am **Donnerstag, 23. November 2017, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

27. November 2017
1 von 6

Anwesende:

Mitglieder

Norbert Sprafke, Vorsitzender, SPD
Vanessa Gronemann, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Johannes Gerken, Mitglied, SPD
Heidemarie Reimann, Mitglied, SPD
Enrico Schäfer, Mitglied, SPD
Holger Römer, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Thomas Materner, Mitglied, AfD
Gerhard Schenk, Mitglied, AfD
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke
Vera Gleuel, Mitglied, Freie Wähler

Teilnehmer mit beratender Stimme

Helga Engelke, Vertreterin des Seniorenbeirates

Magistrat

Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD

Schriftführung

Cenk Yildiz, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Marcus Leitschuh, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Kristina Quanz, Vertreterin des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Ute Pähns, Sozialamt

Tagesordnung:

- | | |
|--|------------|
| 1. Defibrillatoren in städtischen Gebäuden | 101.18.634 |
| 2. Bewertung des Sozialberichts 2017 | 101.18.696 |
| 3. Vorrangprüfung bei der Wohnraumversorgung | 101.18.702 |
| 4. Zwangsräumungen in Kassel | 101.18.703 |

Vorsitzender Sprafke eröffnet die mit der Einladung vom 15. November 2017 ordnungsgemäß einberufene 11. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

2 von 6

1. Defibrillatoren in städtischen Gebäuden

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.634 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, innerhalb der nächsten 2 Jahre sämtliche städtischen Gebäude inklusive der städtischen Sporthallen mit automatischen externen Defibrillatoren (sog. AED-Geräte) auszustatten. Die entsprechend notwendigen Finanzmittel sind in die Haushaltsplanungen einzuarbeiten. Die Möglichkeiten der Förderung durch Dritte bzw. durch Sponsoring sind zu prüfen und gegebenenfalls zu nutzen.

Stadtverordneter Römer, CDU-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion und ändert ihn wie folgt ab.

➤ Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, innerhalb der nächsten 2 Jahre **stark frequentierte** städtische Gebäude inklusive der städtischen Sporthallen mit automatischen externen Defibrillatoren (sog. AED-Geräte) auszustatten. Die entsprechend notwendigen Finanzmittel sind in die Haushaltsplanungen einzuarbeiten. Die Möglichkeiten der Förderung durch Dritte bzw. durch Sponsoring sind zu prüfen und gegebenenfalls zu nutzen.

Die Ausschussmitglieder erhielten mit der Einladung einen gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst, der von Stadtverordneten Schäfer, SPD-Fraktion, eingebracht und begründet wird.

➤ Gemeinsamer Änderungsantrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Defibrillatoren in städtischen Gebäuden, 101.18.634, wird wie folgt geändert:

3 von 6

Satz 1 wird wie folgt geändert:

Der Magistrat wird aufgefordert **zu berichten, wie der Sachstand und der Zeitplan ist**, innerhalb der **nächsten Jahre...**

Satz 2 und 3 werden gestrichen.

Folgender weiterer Satz wird ergänzt:

Der Magistrat wird gebeten darzustellen, wie sich die Kosten eines Kaufes und der anschließenden Unterhaltung der Geräte gegenüber eventuell geprüfter Leasingmodelle zueinander verhalten.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, AfD, Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: CDU, Kasseler Linke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst zum geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Defibrillatoren in städtischen Gebäuden, 101.18.634, wird **zugestimmt**.

- **Durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst geänderter geänderter Antrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert **zu berichten, wie der Sachstand und der Zeitplan ist**, innerhalb der **nächsten Jahre stark frequentierte** städtische Gebäude inklusive der städtischen Sporthallen mit automatischen externen Defibrillatoren (sog. AED-Geräte) auszustatten.

Der Magistrat wird gebeten darzustellen, wie sich die Kosten eines Kaufes und der anschließenden Unterhaltung der Geräte gegenüber eventuell geprüfter Leasingmodelle zueinander verhalten.

4 von 6

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, AfD, Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: CDU
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und der Stadtverordneten Dr. Cornelia Janusch und Andreas Ernst geänderten geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Defibrillatoren in städtischen Gebäuden, 101.18.634, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schäfer

2. Bewertung des Sozialberichts 2017

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.696 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat aus Sicht der Stadt Kassel den Sozialbericht 2017 der Bundesregierung?
2. In Bezug auf das hohe soziale Sicherungsniveau wird deutlich, dass 2016 die sozialen Leistungen ein Volumen von rund 918 Milliarden Euro hatten. Das entspricht 29,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Wie hoch waren die sozialen Leistungen 2016 in Kassel?
3. Welche sozialen Leistungen sind in Kassel numerisch die größten Ausgaben in 2016 gewesen?

Stadtverordneter Römer, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage.

Bürgermeisterin Friedrich teilt mit, dass sie die Anfrage heute noch nicht beantworten kann.

Um eine fundierte Bewertung des Sozialberichts der Bundesregierung vornehmen zu können, müssen die Stellungnahmen verschiedener Bereiche dazu vorliegen und zusammengefasst werden. Dies wird noch einige Zeit beanspruchen.

5 von 6

Einvernehmlich wird die Anfrage für eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport vorgemerkt.

Erneute Behandlung in einer der nächsten Sitzungen.

3. Vorrangprüfung bei der Wohnraumversorgung

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.18.702 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In Zusammenarbeit mit der zentralen Fachstelle für Wohnen und der GWG, ein System mit Vorrangprüfung für Obdachlose oder von Obdachlosigkeit bedrohte deutsche Staatsbürger und Inhabern von verfassungsgemäßen, langfristigen Aufenthaltstiteln, vor der Wohnraum-versorgung für Asylsuchende zu installieren.

Der Antrag wird von Stadtverordneten Materner, AfD-Fraktion, begründet.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Vorrangprüfung bei der Wohnraumversorgung, 101.18.702, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Schwalm

4. Zwangsräumungen in Kassel
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.703 -

6 von 6

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie hat sich die Zahl der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2014 entwickelt, wie viele Zwangsräumungen wurden jeweils pro Jahr terminiert und wie viele tatsächlich durchgeführt?
2. Aus welchen Gründen kam es seit dem Jahr 2014 zu den Zwangsräumungen (Mietschulden, Eigenbedarf o.ä., bitte jeweils mit Angabe der Anzahl der Fälle)?
3. Wie viele der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2014 betrafen Wohnungen im Besitz der Wohnungsbaugesellschaften - aufgliedert nach den jeweiligen Wohnungsbaugesellschaften?
4. Wo werden zwangsgeräumte Personen untergebracht (Angabe bitte aufgeschlüsselt nach Art der Unterbringung (Notunterkunft, Hotel, Rückeinweisung o.ä.)?)
5. Wie viele Unterbringungsmöglichkeiten hält die Stadt vor, und welcher Art sind diese?
6. Wie lange bleiben die Betroffenen durchschnittlich dort?
7. Welche Unterstützung wird seitens der Stadt geboten, damit Betroffene möglichst schnell wieder eine eigene Wohnung finden?
8. Wie viele Personen haben die Fachstelle für Wohnen jährlich seit 2014 für eine Beratung aufgesucht?

Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder. Sie sagt eine schriftliche Antwort mit der Niederschrift zu.

**Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich erklärt
Vorsitzender Sprafke die Anfrage für erledigt.**

Ende der Sitzung: 17:25 Uhr

Norbert Sprafke
Vorsitzender

Cenk Yildiz
Schriftführer

Vorlage Nr. 101.18.634

24. August 2017
1 von 1

Defibrillatoren in städtischen Gebäuden

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, innerhalb der nächsten 2 Jahre sämtliche städtischen Gebäude inklusive der städtischen Sporthallen mit automatischen externen Defibrillatoren (sog. AED-Geräte) auszustatten. Die entsprechend notwendigen Finanzmittel sind in die Haushaltsplanungen einzuarbeiten. Die Möglichkeiten der Förderung durch Dritte bzw. durch Sponsoring sind zu prüfen und gegebenenfalls zu nutzen.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.696

7. September 2017
1 von 1

Bewertung des Sozialberichts 2017

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat aus Sicht der Stadt Kassel den Sozialbericht 2017 der Bundesregierung?
2. In Bezug auf das hohe soziale Sicherungsniveau wird deutlich, dass 2016 die sozialen Leistungen ein Volumen von rund 918 Milliarden Euro hatten. Das entspricht 29,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Wie hoch waren die sozialen Leistungen 2016 in Kassel?
3. Welche sozialen Leistungen sind in Kassel numerisch die größten Ausgaben in 2016 gewesen?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Marcus Leitschuh

gez. Dr. Michael von Rügen
Fraktionsvorsitzender

AfD

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

27. Oktober 2017
1 von 1

Vorlage Nr. 101.18.702

Vorrangprüfung bei der Wohnraumversorgung

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In Zusammenarbeit mit der zentralen Fachstelle für Wohnen und der GWG, ein System mit Vorrangprüfung für Obdachlose oder von Obdachlosigkeit bedrohte deutsche Staatsbürger und Inhabern von verfassungsgemäßen, langfristigen Aufenthaltstiteln, vor der Wohnraum-versorgung für Asylsuchende zu installieren.

Begründung:

Es ist dem langjährig in Kassel wohnenden Staatsbürger, welcher aufgrund der derzeitigen Wohnungsnot, die unmittelbar mit der illegalen Einreise Asylsuchender verbunden ist, obdachlos wird oder von Obdachlosigkeit bedroht ist, nicht zu vermitteln, warum er nicht zuerst mit städtischen Wohnungsressourcen versorgt wird. Dies ist unsozial und gefährdet den Stadtfrieden.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Thomas Materner

gez. Michael Werl
Fraktionsvorsitzender

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.18.703

20. Oktober 2017
1 von 1

Zwangsräumungen in Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie hat sich die Zahl der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2014 entwickelt, wie viele Zwangsräumungen wurden jeweils pro Jahr terminiert und wie viele tatsächlich durchgeführt?
2. Aus welchen Gründen kam es seit dem Jahr 2014 zu den Zwangsräumungen (Mietschulden, Eigenbedarf o.ä., bitte jeweils mit Angabe der Anzahl der Fälle)?
3. Wie viele der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2014 betrafen Wohnungen im Besitz der Wohnungsbaugesellschaften - aufgliedert nach den jeweiligen Wohnungsbaugesellschaften?
4. Wo werden zwangsgeräumte Personen untergebracht (Angabe bitte aufgeschlüsselt nach Art der Unterbringung (Notunterkunft, Hotel, Rückeinweisung o.ä.)?)
5. Wie viele Unterbringungsmöglichkeiten hält die Stadt vor, und welcher Art sind diese?
6. Wie lange bleiben die Betroffenen durchschnittlich dort?
7. Welche Unterstützung wird seitens der Stadt geboten, damit Betroffene möglichst schnell wieder eine eigene Wohnung finden?
8. Wie viele Personen haben die Fachstelle für Wohnen jährlich seit 2014 für eine Beratung aufgesucht?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender

Anfrage der Kasseler Linke vom 20.10.2017
Vorlage Nr. 101.18.703
Zwangsräumungen in Kassel



1. Frage:

Wie hat sich die Zahl der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2014 entwickelt, wie viele Zwangsräumungen wurden jeweils pro Jahr terminiert und wie viele tatsächlich durchgeführt?

Antwort:

Anberaumte Zwangsräumungen seit 2014:

2014 = 225

2015 = 198

2016 = 208

Die Zahl der tatsächlich durchgeführten Zwangsräumungen können wir nicht benennen, da uns die Gerichtsvollzieher in den wenigsten Fällen über die Absage von Zwangsräumungen unterrichten.

2. Frage:

Aus welchen Gründen kam es seit dem Jahr 2014 zu den Zwangsräumungen (Mietschulden, Eigenbedarf o. ä., bitte jeweils mit Angabe der Anzahl der Fälle)?

Antwort:

Gründe gehen aus den Zwangsräumungsmitteilungen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher nicht hervor und können somit auch nicht statistisch erfasst werden.

3. Frage:

Wie viele der Zwangsräumungen seit dem Jahr 2014 betrafen Wohnungen im Besitz der Wohnungsbaugesellschaften - aufgliedert nach den jeweiligen Wohnungsbaugesellschaften?

Antwort:

Diese Zahlen können von uns nicht erfasst werden (siehe auch die Ausführungen zu 1. und 2.)

4. Frage:

Wo werden zwangsgeräumte Personen untergebracht (Angabe bitte aufgeschlüsselt nach Art der Unterbringung (Notunterkunft, Hotel, Rückeinweisung o. ä.)?)

Antwort:

Obdachlose Haushalte werden in Wohnungen, Apartments oder möblierten Zimmern untergebracht. Hotelunterbringungen nur im Notfall (z. B. nach Hausbränden). Wiedereinweisungen nur im Ausnahmefall (max. zwei pro Jahr).

5. Frage:

Wie viele Unterbringungsmöglichkeiten hält die Stadt vor, und welcher Art sind diese?

Antwort:

Aktuell sind 491 Haushalte zur Abwendung von Obdachlosigkeit untergebracht. Darüber hinaus haben wir ca. 20 – 25 Unterbringungsmöglichkeiten, die wir sofort belegen könnten (z. B. im Moment zehn möblierte Zimmer, ein Apartment und vier Wohnungen; Hotelzimmer nach Bedarf).

6. Frage:

Wie lange bleiben die Betroffenen durchschnittlich dort?

Antwort:

Einzelfallabhängig gibt es eine Spanne von wenigen Tagen bis zu mehreren Jahren.

7. Frage:

Welche Unterstützung wird seitens der Stadt geboten, damit Betroffene möglichst schnell wieder eine eigene Wohnung finden?

Antwort:

Hilfe bei der Wohnungssuche, Übernahme von Kautionen/Genossenschaftsanteilen, Unterstützung bei der Durchsetzung von Ansprüchen auf Transferleistungen, Hilfe bei der Sicherung der zukünftigen Mietzahlung, Zusagen für Vermieter, Hilfe zur Erlangung eines Mietvertrages für den zugewiesenen Wohnraum.

8. Frage:

Wie viele Personen haben die Fachstelle für Wohnen jährlich seit 2014 für eine Beratung aufgesucht?

Antwort:

Wir bieten Beratungen zu den Themenfeldern Obdachlosigkeit, drohende Obdachlosigkeit, Beratung bei Mietrückständen und Schulden- und Insolvenzberatung.

Allerdings sind die Zahlen nicht voll belastbar, da es immer zu Überschneidungen und Mehrfachberatungen kommt, die dann nicht auf die Personenzahl umgerechnet wird.

2014 = 3931

2015 = 4000

2016 = 4241

Ilona Friedrich
Bürgermeisterin